



**SPD-Fraktion
in der Stadtverordnetenversammlung Werder (Havel)**

Fraktionsvorsitzende: Anika Lorentz | Jahnufer 26 | 14542 Werder (Havel)
Mail: anika@lorentz-werder.de | Mobil: 0173-1713953

PRESSEMITTEILUNG

Stadtverordnete sollen blind abstimmen: SPD-Fraktion gegen Schnellschuss beim Verkauf der ehemaligen Kita Anne Frank

Die SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Werder (Havel) übt scharfe Kritik am Vorgehen der Stadtverwaltung beim geplanten Verkauf des Grundstücks der ehemaligen Kindertagesstätte Anne Frank. Bürgermeisterin Manuela Saß will die Entscheidung über die Vorlage bereits in der Stadtverordnetenversammlung am 19. März 2026 abschließend herbeiführen, obwohl die Grundlage dafür aus Sicht der SPD-Fraktion in keiner Weise ausreicht.

Interessensbekundungen liegen seit Monaten vor

Besonders auffällig ist: Die Interessensbekundungen beider Bewerber liegen der Verwaltung bereits seit Mai und Juli 2025 vor. Dennoch wurden diese Anträge in den vergangenen Monaten zu keinem Zeitpunkt in den zuständigen Fachausschüssen beraten. Kein Ausschuss hat sich mit den Konzepten, den Vor- und Nachteilen oder den möglichen Alternativen befasst. Stattdessen soll die Stadtverordnetenversammlung nun binnen weniger Wochen eine weitreichende und unwiderrufliche Entscheidung über ein kommunales Grundstück treffen, auf Basis von Unterlagen, die keine belastbare Vergleichsgrundlage bieten. Eine sachliche Notwendigkeit für dieses Tempo ist nicht erkennbar.

Die Informationslage, die den Stadtverordneten in den bisher stattgefundenen Ausschusssitzungen präsentiert wurde, ist nach Einschätzung der SPD-Fraktion mehr als unzureichend. Weder liegen prüffähige Nutzungskonzepte der beiden Interessenten vor, noch gibt es eine belastbare Kostenschätzung für Umbau- und Sanierungsmaßnahmen, noch wurde eine Gegenüberstellung möglicher Wohneinheiten im Bestandsgebäude versus einem Neubau auf einem alternativen Grundstück vorgenommen. Die politischen Gremien wurden bisher schlicht nicht in die Lage versetzt, die vorliegenden Optionen ernsthaft abzuwägen.

HGW-Aufsichtsrat nicht eingebunden

Besonders brisant ist ein weiterer Umstand: Der Aufsichtsrat der HGW Haus- und Grundstücksgesellschaft Werder mbH wurde nach Kenntnis der SPD-Fraktion zu keinem Zeitpunkt mündlich über die geplante Investitionsmaßnahme informiert. Lediglich im Wirtschaftsplan der HGW findet sich unter dem Posten „Ankauf Grundstück Anne Frank Kita oder Grundstück Wachtelberg“ ein Betrag von 561.000 Euro, ohne dass das zuständige Kontrollgremium der städtischen Gesellschaft über die Hintergründe, die Abwägung oder die strategische Bedeutung dieser Maßnahme in Kenntnis gesetzt wurde. Der Buchwert des Objektes liegt jedoch bei ca. 1 Million€. Für die SPD-Fraktion ist das ein erhebliches Transparenz- und Governance-Defizit, das einer Aufklärung bedarf.



**SPD-Fraktion
in der Stadtverordnetenversammlung Werder (Havel)**

Fraktionsvorsitzende: Anika Lorentz | Jahn timer 26 | 14542 Werder (Havel)
Mail: anika@lorentz-werder.de | Mobil: 0173-1713953

Tauschgrundstück-Modell muss ernsthaft geprüft werden

Hinzu kommt, dass die Freie Waldorfschule Werder einen Alternativvorschlag eingebracht hat. Sie bietet der HGW ein eigenes Grundstück mit rund 6.089 Quadratmetern im Mischgebiet an der Elsastraße als Tauschfläche an, auf der geförderter Wohnungsbau möglich wäre. Im Gegenzug möchte die Waldorfschule das Gebäude der ehemaligen Kita Anne Frank für die dringend benötigte Erweiterung ihres Schulcampus übernehmen. Ob auf diesem Alternativgrundstück sogar mehr geförderte Wohneinheiten entstehen könnten als im Bestandsgebäude, wurde bisher nicht geprüft. Auch dieser Aspekt zeigt, dass die aktuelle Entscheidungsgrundlage unvollständig ist.

Anika Lorentz, Vorsitzende der SPD-Fraktion:

„Hier sollen vollendete Tatsachen geschaffen werden, aber warum eigentlich? Die Interessensbekundungen liegen seit fast einem Jahr vor und haben in keinem einzigen Fachausschuss eine ernsthafte Beratung erfahren. Jetzt sollen wir innerhalb von Wochen über ein städtisches Grundstück entscheiden, ohne belastbare Zahlen, ohne Konzeptvergleich und ohne dass selbst der Aufsichtsrat der HGW ordentlich informiert wurde. Das ist kein verantwortungsvoller Umgang mit kommunalem Eigentum. Die SPD-Fraktion macht das nicht mit.“

Die SPD-Fraktion fordert die Bürgermeisterin auf, die Vorlage von der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 19. März 2026 zurückzuziehen. Beide Interessenten, HGW und Freie Waldorfschule, sind aufzufordern, prüffähige und vergleichbare Unterlagen vorzulegen. Die Konzepte sind anschließend in den zuständigen Fachausschüssen zu beraten, bevor eine abschließende Entscheidung getroffen wird.